

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



Kiel, 18. September 2024

Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände

Kommunale Landesverbände zur dramatischen Finanzlage der Kommunen und den Kürzungsplänen im Landeshaushalt

Die kommunalen Landesverbände in Schleswig-Holstein sind in großer Sorge über die Entwicklung der Kommunalfinanzen und fordern keine Haushaltskonsolidierung des Bundes und des Landes auf Kosten der Kommunen, sondern mehr Unterstützung. Bundesweit verzeichneten die Kommunen ein Defizit von 6,2 Mrd. € im Jahr 2023, für das laufende Jahr prognostizieren die kommunalen Bundesverbände eine Verdoppelung des Defizits. Für die Zukunft sieht es nicht besser aus.

„Von dieser Entwicklung bleiben auch die Kommunen in Schleswig-Holstein nicht verschont. Viele Städte, Kreise und Gemeinden wissen nicht, wie sie unter den Bedingungen ihre Haushalte ordnungsgemäß aufstellen und die Aufgaben erfüllen sollen. Schon im laufenden Haushalt mussten Kommunen aufgrund der dramatischen Finanzsituation mit Haushaltssperren reagieren“, erläuterten die Vorsitzenden der kommunalen Landesverbände die Situation um die kommunalen Haushalte.

„Die Kommunen vor Ort wollen kommunalpolitisch gestalten und nicht nur den Mangel verwalten. Unsere Finanzausstattung droht aber noch nicht einmal für die gesetzlichen Aufgaben der Kommunen auszureichen. Wir stehen zu unserer eigenen Aufgabe, Konsolidierungsanstrengungen zu unternehmen, sehen aber auch das Land in der Pflicht, seinen Teil als Garant für die Finanzausstattung zu leisten. Auch wenn wir es begrüßen, dass das Land gewillt ist, Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu unternehmen, darf das Land die Lage in den Kommunen nicht noch durch weitere Maßnahmen verschlimmern“, sagte die Vorsitzende des Städtetages und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, Neumünsters **Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schöttiger**.

Im Fokus der Kürzungspläne des Landes steht die Städtebauförderung. *„Für die kommunale Ebene ist es nicht nachvollziehbar, ein seit 50 Jahren bewährtes Instrument der Stadtentwicklung einseitig in Schleswig-Holstein zu beenden. Die Städtebauförderung ist mit der öffentlichen Investition und der Anreizwirkung für private Investitionen ein echter Konjunkturmotor, der jetzt nicht abgewürgt werden darf. Das Land kann es sich nicht leisten, Bundesmittel in Berlin liegen zu lassen. Stadtumbau muss heute stattfinden und städtebauliche Missstände müssen heute beseitigt werden, die Folgekosten werden sonst nur umso höher“*, erklärte Glindes Bürgermeister und Vorsitzender des Städtebundes Schleswig-Holstein, **Rainhard Zug**.

Die Planungen, die Mittel für den ÖPNV zu kürzen, werden von der kommunalen Ebene ebenfalls abgelehnt. *„Die Kreise und kreisfreien Städte stehen für den Prozess der Verkehrswende, dessen unverzichtbarer Bestandteil ein gut ausgebauter ÖPNV ist. Kürzungen des Landes führen nicht nur im eigenen Zuständigkeitsbereich zu Angebotsreduzierungen im Bahnverkehr, sie führen bei den Kommunen zusätzlich zu Kürzungen von Leistungen im Busverkehr und bewirken damit eine Verringerung des Angebots. Mobilitätsversprechen der Vergangenheit können unter diesen Bedingungen nicht mehr eingehalten werden und eine echte Verkehrswende wird so nicht gelingen“*, sagte der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags, Stormarns Landrat **Dr. Henning Görtz**.

Nicht nur die Kürzungspläne der Landesregierung, die sich einschließlich geplanter Kürzungen beim Straßen- und Radwegebau im Laufe der nächsten 5 Jahre auf über 180 Mio. Euro belaufen, und die eigene Finanznot bereiten den Kommunen Sorgen. Hinzu tritt bspw. auch eine andauernde Unterfinanzierung im Bereich der Kinderbetreuung.

„Wir haben darauf vertraut, dass die mit der Evaluation festgestellte Finanzierungslücke in Höhe von 120 Mio. Euro geschlossen wird und sind als Kommunen sogar bereit, einen eigenen Beitrag von 20 Mio. Euro dazu zu leisten. Unter Berücksichtigung weiterer 20 Mio. Euro durch das Land verbleibt ein Risiko von 80 Mio. Euro, für das alleine die Kommunen einstehen müssen. Dies ist für die Kommunen nicht tragbar“, erklärte der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Barsbüttels Bürgermeister **Thomas Schreitmüller**.

Die Vorsitzenden mahnten abschließend mit Blick auf das geringe Wirtschaftswachstum dauerhaft tragfähige Lösungen an, die aber nicht darin liegen können, dass Bund und Land zu Lasten der Kommunen eigene Konsolidierungsprogramme beschließen und sie zusätzlich noch in ihrer Investitionskraft hemmen

verantwortlich:

Marc Ziertmann (STV SH) – PD Dr. Sönke E. Schulz (SH LKT) - Jörg Bülow (SHGT),